

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am nächsten Sonntag sind Landtagswahlen.

Aus diesem Anlass habe ich CDU, FDP, Die Grünen, Die Linke und SPD angeschrieben und gefragt, welche Position sie zum konfessionellen Religionsunterricht beziehen. Diese Antworten möchte ich Ihnen aber gerne zukommen lassen (sie sind nach dem „Antwortdatum“ sortiert: die ersten haben als erste sich zurückgemeldet).

Ich wünsche Ihnen allen eine glückliche Wahl am Sonntag in diesen unruhigen Zeiten. Gleichzeitig wünsche ich Ihnen viel Kraft für die letzten zwei Monate des Schuljahrs.

Herzliche Grüße  
Elisabeth Schnocks

### **Stellungnahme der CDU:**

Sehr geehrte Frau Schnocks,

vielen Dank für Ihre Nachricht.

Am grundgesetzlich verbürgten bekenntnisorientierten Religionsunterricht unter deutscher Schulaufsicht und in deutscher Sprache halten wir fest. Wir sind gegen einen überkonfessionellen Religionsunterricht. Wir arbeiten eng mit den christlichen, jüdischen und islamischen Religionsgemeinschaften zusammen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU Nordrhein-Westfalen

### **Stellungnahme der Linken**

Sehr geehrte Frau Schnocks,

vielen Dank für Ihr Interesse an den politischen Positionen unserer Partei DIE LINKE.

DIE LINKE bekennt sich in ihrem Parteiprogramm zu einer „notwendigen institutionellen Trennung von Staat und Kirche“. Und wir wenden uns gegen jeglichen politischen Missbrauch von Religion. Weiter heißt es im Parteiprogramm: „Schulen sollen Wissen über Religionen vermitteln und die wechselseitige Toleranz der Glaubensgemeinschaften fördern. Der Unterricht ist im Rahmen des Bildungsauftrags des Staates durch staatlich anerkannte Lehrkräfte zu leisten, unabhängig von kirchlicher oder religionsgemeinschaftlicher Einflussnahme.“

Auch unter diesem Link können Sie unsere Positionen nachlesen:

<https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/religionsfreiheit/>

Mit freundlichen Grüßen

Jörg Rückmann

### **Stellungnahme der SPD:**

Sehr geehrte Frau Elisabeth Schnocks,

vielen Dank für Ihre Anfrage im Namen der Vereinigung katholischer Religionslehrerinnen und -lehrer an Gymnasien und Gesamtschulen im Erzbistum Köln e.V.

In NRW haben Schüler:innen einen rechtlichen Anspruch auf einen Religionsunterricht in ihrer Religion bzw. Konfession.

Wie Sie selbst zu Recht beschreiben, wird mit der Pluralität in der Religionslehre in positiver Weise die Vielfalt unserer Gesellschaft widerspiegelt.

Schulen und die dort gelehrt Inhalte bilden somit die Lebenswelt der Gesellschaft ab. Das bedeutet, dass die Schulen mit all ihren Lehrkräfte und ihrer Schülerschaft genauso divers sein sollten wie unsere gesamte Gesellschaft. Schließlich ist die Schule der zweitwichtigste Lebens- und Lernort neben dem Elternhaus für die Schüler:innen. Hier lernen sie grundlegende Werte unserer Gesellschaft für einen toleranten und respektvollen Umgang miteinander. In Bezug auf den Religionsunterricht, der der staatlichen Schulaufsicht unterliegt, bedeutet dies für uns, dass wir ihn im Rahmen der zur Verfügung stehenden Ressourcen anbieten werden. Dies gilt für alle Religionsgemeinschaften, die im Schulgesetz ausgewiesen sind. Eine Abschaffung des Religionsunterrichts ist folglich nicht geplant.

Schließlich lehrt ein weltoffener und zeitgemäßer Religionsunterricht gesellschaftliche Werte und Normen wie gegenseitige Toleranz und Respekt. Diese Toleranz und Respekt gilt es jeder Religionsgemeinschaft entgegenzubringen.

Mit freundlichen Grüßen

Jochen Ott

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Beste Bildung NRW - Ein Leben lang"

### **Stellungnahme der FDP**

Sehr geehrter Herr Schnocks,

haben Sie vielen Dank für Ihre Zuschrift.

Wir setzen uns für eine offene Gesellschaft und gelebte Toleranz ein. Das Verständnis und die Toleranz gegenüber anderen Religionsgemeinschaften, Weltanschauungen und Lebensentwürfen ist Basis für unser friedliches Zusammenleben. Um das Verständnis für andere Religionen, Weltanschauungen und Lebensweisen zu stärken, wollen wir deshalb in allen Kernlehrplänen für das Fach Religion den Bereich der vergleichenden Religionswissenschaften und die Werteorientierung stärken. Neben den vielfältigen Angeboten des bekenntnisorientierten Religionsunterrichts müssen gleichberechtigt auch nicht-religiöse Überzeugungen berücksich-

tigt werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass langfristig an allen öffentlichen Schulen das Fach Praktische Philosophie als Wahlalternative zum bekenntnisorientierten Religionsunterricht angeboten wird. Zahlreiche Schulen in Nordrhein-Westfalen bieten zudem schon den konfessionell-kooperativen Religionsunterricht an, in dem katholische und evangelische Inhalte zusammen unterrichtet werden. Auch dieses Angebot wollen wir weiter ausweiten. Am Ende der Sekundarstufe I soll außerdem jede Schülerin und jeder Schüler mindestens einmal eine Synagoge, eine Moschee und eine christliche Kirche besucht haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Mirco Rolf-Seiffert

### **Stellungnahme der Grünen**

Sehr geehrte Frau Schnocks,

Vielen Dank für Ihre Nachricht.

Bitte entschuldigen Sie die lange Wartezeit auf eine Antwort!

Wie Sie bereits schreiben: Ob und was Schüler\*innen in NRW glauben, wird immer vielfältiger.

Deshalb ist es wichtig, dass jede\*r Schüler\*in von der ersten Klasse an wirklich die freie Wahl hat, am konfessionellen Religionsunterricht teilzunehmen oder nicht. Ab der ersten Klasse soll flächendeckend Unterricht in Praktischer Philosophie angeboten werden.

Wir wollen den Religionsunterricht im Diskurs mit den Religionsgemeinschaften – auf Basis des Grundgesetzes, in dem dieses Fach verankert ist – zu einem kooperativ-konfessionellen Unterricht weiterentwickeln, der auch den islamischen Religionsunterricht mit einbezieht und auch im Dialog und strukturell mit dem Fach Philosophie verbunden wird, z.B. in gemeinsamen Projekttagen, -wochen.

Mit freundlichen Grüßen,  
Ann-Kathrin Moser